



## Im Chaos

Hamburgs Alptraum: Während des G-20-Gipfels wurde die Hansestadt von der Polizei regelrecht belagert. Journalisten wurden bedrängt, Demonstranten ihrer Grundrechte beraubt. Tagebuch eines jW-Reporters. Von Kristian Stemmler

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 27. JULI 2017 · NR. 172 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Notstand

Zuwenig Personal auf Intensivstationen: Verdi widerspricht Klinikgesellschaft. Interview

2

### Willkür

Mit Gesetzen gegen »Gefährder« wird die Unschuldsvermutung ausgehebelt. Von Ulla Jelpke

3

### Faustlanger

Frankreichs Präsident Macron will libyschen Kriegsverbrecher Haftar zum Partner der EU machen

7

### Nazigegner

Segeln, flirten, Widerstand. Der Dokumentarfilm »Die guten Feinde. Mein Vater, die Rote Kapelle und ich«

11

# Rajoy weiß von nichts

Spaniens Regierungschef sagte in Korruptionsskandal vor Gericht als Zeuge aus. Der Richter verhinderte, dass er sich um Kopf und Kragen redete. **Von Carmela Negrete**

Vor Spaniens Justiz sind nicht alle gleich. Als Ministerpräsident Mariano Rajoy am Mittwoch als erster Regierungschef in der Geschichte Spaniens vor der Audiencia Nacional aussagen musste, die normalerweise über Fälle von Terrorismus und organisierter Kriminalität urteilt, brauchte er sich nicht an den Zeugentisch direkt vor dem Richter setzen, sondern durfte an der Stirnseite des Gerichtssaals Platz nehmen – auf gleicher Höhe wie der Vorsitzende. Damit sollte verhindert werden, dass in den Medien Bilder vom Regierungschef »auf der Anklagebank« erscheinen.

Formell angeklagt sind im »Fall Gürtel« – unter diesem Code ermittelte die Staatsanwaltschaft ursprünglich gegen den Unternehmer Francisco Correa, dessen Nachname übersetzt »Gürtel« bedeutet – lediglich der frühere Schatzmeister der regierenden Volkspartei (PP), Luis Bárcenas, und Dutzende weitere Verdächtige. Die politische Verantwortung von Parteichef Rajoy ist jedoch außerhalb der eigenen Reihe nahezu unbestritten. Vor Gericht versuchte sich der Ministerpräsident am Mittwoch aus der Affäre zu ziehen.

Eifrig unterstützt wurde Rajoy dabei vom Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Ángel Hurtado, der immer wieder unbequeme Fragen als nicht zulässig zurückwies. Zu Beginn der Befragung hatte Rajoy nämlich ausgesagt, dass er sich mit den Finanzangelegenheiten seiner Partei nicht ausgekannt habe, weil diese nicht in seinen Aufgabenbereich gefallen seien. Deshalb lehnte Hurtado auch einen Antrag von José Mariano Benítez de Lugo ab, der als Nebenkläger die »Vereinigung demokratischer Rechtsanwälte für Europa« (ADADE) ver-



Die Aussagen Rajoy wurden von fast allen spanischen Fernsehsendern live übertragen

tritt. Er hatte eine Gegenüberstellung von Rajoy und Bárcenas verlangt. Dieser hatte nämlich ausgesagt, Rajoy und weiteren PP-Politikern über mehrere Monate einen »zweiten Lohn« ausgezahlt zu haben. Die Rede war von einer »Buchhaltung B«. Das »Nebeneinkommen« stammte demnach vor allem aus illegalen Parteispenden von Bauunternehmern, die sich im Gegenzug große Aufträge erhofften. Rajoy wies die Vorwürfe zurück: Er habe »niemals« eine parallele Zahlung von seiner Partei bekommen. Sollte im laufenden Prozess gegen Bárcenas bewiesen werden, dass Rajoy doch Empfänger solcher Zahlun-

gen gewesen ist, wäre eine Lüge vor Gericht nachgewiesen.

Ansonsten waren Floskeln wie »Ich erinnere mich nicht« oder »Ich weiß von nichts« die häufigsten Aussagen des Regierungschefs. Kritisch wurde es für den Ministerpräsidenten, als er wegen einer kurzen Nachricht befragt wurde, die er 2012 per SMS an den damaligen Schatzmeister gesendet hatte. Darin hatte er Bárcenas Mut gemacht: »Luis, nichts ist einfach, aber wir tun, was wir können. Kopf hoch!« Die Anklage wollte von Rajoy wissen, was er damit sagen wollte, und dieser redete sich fast um Kopf und Kragen: »Ich hätte auch jeden anderen Satz benutzen

können. Er bedeutet gar nichts. Wir tun, was wir können, bedeutet, dass wir tun, was wir können. Dass wir nichts getan haben, was in irgendeinem Prozess schaden könnte.« Zum Glück für Rajoy griff Richter Hurtado rechtzeitig ein: »Nächste Frage.«

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten Hunderte Menschen. Die Opposition forderte Rajoy zum Rücktritt auf. »Es ist kaum nachvollziehbar, dass wir so weit gekommen sind, dass der Präsident der Regierung als Zeuge in einem Korruptionsfall aussagen muss und nichts passiert«, erklärte der Chef der Vereinigten Linken (IU), Alberto Garzón, über Twitter.

## EU-Verfahren gegen Polen wegen »Justizreform«

Brüssel. Die EU-Kommission verschärft ihr Vorgehen gegen die polnische »Justizreform«. Vizepräsident Frans Timmermans kündigte am Mittwoch in Brüssel ein Vertragsverletzungsverfahren an. Innerhalb einer schon laufenden Untersuchung auf Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit geht außerdem eine zusätzliche Empfehlung an Warschau heraus. Die Kommission behält sich obendrein vor, ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages einzuleiten. Sie verlangt Antworten Polens auf ihre Vorbehalte binnen Monatsfrist. Das Kabinett in Warschau protestierte. Die regierenden PiS-Partei hatte in den vergangenen Wochen in Polen vier Gesetze verabschiedet, die nach Ansicht der EU-Kommission Rechtsstaat und Gewaltenteilung in dem Mitgliedsland bedrohen. Gegen zwei Gesetze zur »Reform« des Obersten Gerichtes und des Landesrichterrats (KRS) legte Staatspräsident Andrzej Duda am Montag überdies ein Veto ein. (dpa/jW)

## BRD-Wirtschaft warnt vor US-Sanktionen



Berlin. Vertreter der deutschen Wirtschaft zeigen sich alarmiert über die US-Pläne für schärfere Sanktionen gegen Russland und regen Gegenmaßnahmen der EU an. Die beabsichtigten Aktionen könnten sich nach Ansicht des »Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft« auch auf die EU-Ökonomie auswirken.

Das im US-Parlament verabschiedete neue Gesetz schlage Sanktionen gegen Unternehmen vor, die sich an der Instandsetzung, der Modernisierung oder dem Ausbau russischer Pipelines zum Export von Erdöl bzw. -gas beteiligen, warnte der Ost-Ausschuss am Mittwoch in Berlin. Dessen Vorsitzender Wolfgang Büchele (Foto) kritisierte, hinter den Maßnahmen stünden eigene US-Wirtschaftsinteressen. Dies müsse auf den entschiedenen Widerstand der EU treffen. (dpa/jW)

# EuGH stoppt Fluggastdatenspeicherung

Abkommen zwischen EU und Kanada unzulässig. Folgen für ähnliches Verfahren mit USA unklar

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat das geplante Abkommen zur Übermittlung von Fluggastdaten zwischen der Europäischen Union und Kanada gekippt. Das oberste EU-Gericht entschied am Mittwoch in Luxemburg, das Vorhaben verstoße in seiner aktuellen Form gegen die Grundrechte. Geplant war, dass die kanadischen Behörden unter anderem die Namen, Adressen und Kreditkartennummern von Passagieren erhalten und für fünf Jahre speichern dürfen. Unter dem Vorzeichen einer besseren »Terror- und Krimina-

litätsbekämpfung« könnten die Daten zudem an Drittländer weitergegeben werden.

Das EU-Parlament hatte das Abkommen dem Gerichtshof zur Legitimierung vorgelegt. Er sollte demnach prüfen, ob die Achtung des Privatlebens und der Schutz der personenbezogenen Daten gewährleistet blieben. Der EuGH argumentierte in seinem Gutachten dagegen, da das Datenpaket unter anderem Einblicke in »Reisegewohnheiten, Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Personen sowie Informationen über die finan-

zielle Situation der Fluggäste, ihre Ernährungsgewohnheiten oder ihren Gesundheitszustand und sogar sensible Daten über die Fluggäste« offenbaren würde. Außerdem wies der Gerichtshof darauf hin, dass bestimmte Teile des Abkommens sich nicht »auf das absolut Notwendige beschränken und keine klaren und präzisen Regeln« vorgeben würden.

Der Stopp gilt als Erfolg für Datenschutzler. Die Bundesregierung ließ jedoch zunächst offen, ob das Urteil Auswirkungen auf ähnliche Vereinbarungen haben könnte. So besteht bereits

ein derartiges Abkommen zwischen den USA und der EU, es gebe dazu aber noch keine »abschließende Erkenntnis«, wie ein Sprecher des Innenministeriums am Mittwoch in Berlin sagte. Nach seinen Angaben werden die bestehenden Verträge nun geprüft. Der Vizechef der Linksfraktion im Bundestag, Jan Korte, warf der Bundesregierung ein Vorgehen vor, das die Grundrechte bedrohe. Die große Koalition sei in der Frage von Verhältnismäßigkeit und Datenspeicherung »beratungsresistent«.

(Reuters/AFP/dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.066 Genossinnen und Genossen (Stand 25.7.2017)

www.jungewelt.de/lpg

